



Die Sonnentäl-Kreuzung in Dübendorf wenige Tage vor dem Beginn der Bauarbeiten.

Foto: Thomas Bacher

Kanton saniert die Sonnentäl-Kreuzung – mit Folgen

Bis Ende September ist das Durchkommen an einem der wichtigsten Dübendorfer Verkehrsknoten erschwert. Die Umfahrung bringt dem Hochbord-Quartier viel Mehrverkehr.

Thomas Bacher

Der Belag der Sonntal-Kreuzung in Dübendorf ist in einem schlechten Zustand. Deshalb wird der Verkehrsknoten, an dem die Zürich-, die Gockhauser- und die Ringstrasse aufeinandertreffen, vom Kanton aufwendig saniert. Die Bauarbeiten beginnen am 14. April.

Gleichzeitig mit dem Strassenbelag werden die Werkleitungen aufgefrischt und die Bushaltestellen hindernisfrei ausgebaut. Weiter wird die in die Jahre gekommene Lichtsignalanlage komplett erneuert. Der Regierungsrat hat für das Vorhaben Ausgaben in Höhe von 3,89 Millionen Franken festgesetzt. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich bis Ende September.

Belastung fürs Hochbord

3000 Fahrzeuge passieren die Sonnentäl-Kreuzung in Spitzenzeiten pro Stunde. Um die Leistungsfähigkeit des Knotens während des Umbaus zu erhalten, gilt ab Ende April ein spezielles Verkehrsregime mit provisorischen Lichtsignalan-

lagen und einem Linksabbiegeverbot auf jeder Zufahrt zur Kreuzung. Ein Teil des Verkehrs wird über das Hochbord-Quartier umgeleitet, was dort zu einer deutlichen Mehrbelastung führen wird.

Mehrverkehr gibt es auch auf der Auenstrasse und der Neuen Stettbachstrasse. Wer von Gockhausen nach Schwamendingen gelangen will, muss einen beträchtlichen Umweg über die Ringstrasse in nördlicher Richtung und zurück über das Hochbord in Kauf nehmen. Auch der Busbetrieb ist von den Bauarbeiten betroffen, da verschiedene Haltestellen verschoben werden. Der Veloverkehr wird weitläufig umgeleitet. Und auch die Fussgängerwege werden angepasst.

Fortsetzung von Seite 5

Es sind aber diverse Durchgänge vom Flugfeld-Quartier auf das Gelände geplant. Und mit dem Mittelschulprovisorium, das im Innovationspark entstehen soll, wird viel Leben auf das Areal kommen. Die Verantwortlichen des Innovationsparks haben wiederholt versichert, es sei ihnen wichtig, dass auf dem Areal Leben einkehre, dass die Dübendorfer und Dübendorferinnen willkommen seien.

Wie empfinden Sie den Austausch mit den verantwortlichen Personen des Innovationsparks? Spricht man da auf Augenhöhe miteinander?

Absolut auf Augenhöhe. Wir haben das bei der Ausarbeitung des Syntheseberichts für die Transformation des Flugplatzareals erlebt. Der Austausch ist sehr gut. Ausserdem hat die Stadt einen Sitz im Stiftungsrat des Innovationsparks.

Dieser Stiftungsrat hat sich mittlerweile aber in die zweite Reihe zurückgezogen, für die weitere Entwicklung ist nun ein privates Unternehmen verantwortlich.

Mit der Änderung der Zuständigkeit gibt es für die Stadt Dübendorf auch neue Ansprechpersonen. Die vergangenen Monate haben jedoch gezeigt, dass der Austausch und die Zusammenarbeit auch mit dem privaten Unternehmen partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen. Es sind zudem auch neue Gremien vereinbart, in denen wir uns miteinander austauschen und uns als Stadt Dübendorf aktiv einbringen können und werden.

STADTVERWALTUNG

Dübendorfer Feuerwehrhilfe für die Ukraine

Spende Die Stadt Dübendorf spendet ein ausgemustertes Feuerwehrfahrzeug an eine ukrainische Gemeinde nordwestlich von Kiew – ein starkes Zeichen gelebter Solidarität. Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (Die Mitte) und Feuerwehrkommandant Andreas Fritschli verabschiedeten das Fahrzeug diese Woche feierlich.

Beim Fahrzeug handelt es sich um einen Steyr 1291 330 4x4, Baujahr 1987, mit 42273 Kilometern –

in Dübendorf liebevoll Rosmarie genannt. Es ist kein klassisches Löschfahrzeug, sondern wird bei Unfällen, Bergungen und Katastrophen eingesetzt. Die Spende wurde von Green Cross Switzerland koordiniert, der Transport erfolgt durch den Verein Swiss for Ukraine. Vor Ort wird das Fahrzeug von einer Feuerwehr übernommen, die alleine für rund 70 umliegende Dörfer verantwortlich ist.

Abteilung Tiefbau



Das Feuerwehrfahrzeug Rosmarie dient künftig in der Ukraine.

Foto: PD